

## Ergänzende Informationen zu Tagesordnungspunkt 9.2:

Gemeinsamer Bericht des Vorstands der BMW AG und der  
Geschäftsführung der BMW Anlagen Verwaltungs GmbH  
gemäß § 293a AktG

---

## **Gemeinsamer Bericht gemäß § 293a AktG**

---

**des Vorstands der Bayerische Motoren Werke Aktiengesellschaft, München,**  
(nachfolgend auch „**BMW AG**“ oder „**Organträgerin**“ genannt)

und

**der Geschäftsführung der BMW Anlagen Verwaltungs GmbH, München,**  
(nachfolgend auch „**Organgesellschaft**“ genannt)

**über den Änderungsvertrag vom**

**17. März 2022**

**zum Gewinnabführungsvertrag in der Fassung vom 15. März 2010**

zwischen

der **BMW AG** und der **BMW Anlagen Verwaltungs GmbH**

(nachfolgend einzeln auch „**Partei**“ oder gemeinsam auch „**Parteien**“ genannt)

## **1. Einleitung**

Zwischen der Organträgerin und der Organgesellschaft besteht ein Gewinnabführungsvertrag, der zuletzt am 15. März 2010 neugefasst wurde (nachfolgend „Gewinnabführungsvertrag“ genannt). Durch diesen Vertrag hat sich die Organgesellschaft zur Abführung ihres ganzen Gewinns an die Organträgerin verpflichtet. Die Organträgerin wiederum hat sich darin zur Verlustübernahme gegenüber der Organgesellschaft verpflichtet. Die ordentliche Hauptversammlung der Organträgerin hat dem Gewinnabführungsvertrag am 18. Mai 2010 zugestimmt, nachdem die Gesellschafterversammlung der Organgesellschaft am 18. März 2010 ihre Zustimmung erteilt hatte. Der Gewinnabführungsvertrag wurde mit Eintragung in das Handelsregister der BMW Anlagen Verwaltungs GmbH am 24. September 2010 wirksam. Durch den Gewinnabführungsvertrag besteht sowohl eine körperschafts- als auch eine gewerbsteuerliche Organschaft zwischen der BMW AG und der BMW Anlagen Verwaltungs GmbH.

Die Parteien nehmen eine Änderung des § 302 AktG zum Anlass, um die diesbezügliche Regelungen im bestehenden Gewinnabführungsvertrag klarzustellen und den Vertrag insgesamt an aktuelle Standards anzupassen. Daher haben die Organträgerin und die Organgesellschaft am 17. März 2022 einen Vertrag geschlossen, der Änderungen zu einzelnen Regelungen des Gewinnabführungsvertrags enthält (nachfolgend „Änderungsvertrag“ genannt). Der Vorstand der BMW AG und die Geschäftsführung der BMW Anlagen Verwaltungs GmbH erstatten gemeinsam nach § 293a Aktiengesetz („AktG“) den folgenden Bericht über den Änderungsvertrag. Der Bericht dient der Information der Aktionäre der BMW AG in Vorbereitung auf die Hauptversammlung am 11. Mai 2022.

## **2. Allgemeine Informationen zur BMW Anlagen Verwaltungs GmbH; Verhältnis zur BMW AG**

Die BMW Anlagen Verwaltungs GmbH mit Sitz in München ist im Handelsregister des Amtsgerichts München unter HRB 90792 eingetragen.

Unternehmensgegenstand der BMW Anlagen Verwaltungs GmbH ist die Verwaltung von Anlagen und Vermögen aller Art und Erbringung aller damit im Zusammenhang stehenden Dienstleistungen. Darüber hinaus ist Gegenstand der Organgesellschaft jede sonstige gewerbliche Betätigung auf industriellem Gebiet und auf dem Gebiet des Handels im In- und Ausland, insbesondere die Herstellung, Einrichtung, Bewirtschaftung, der Erwerb oder die Verwertung von Vermögen, Anlagen und Betrieben. Außerdem darf die Organgesellschaft andere Unternehmen jeglicher Art, deren Gegenstand mit dem vorstehend bezeichneten Unternehmensgegenstand zusammenhängt, errichten, erwerben oder sich in beliebiger Form daran beteiligen.

Alleinige Gesellschafterin der BMW Anlagen Verwaltungs GmbH ist die BMW AG.

Die Geschäftsführung der BMW Anlagen Verwaltungs GmbH hat aktuell folgende Mitglieder: Herr Peter Picker und Dr. Rainer Schmidbauer.

Im handelsrechtlichen Jahresabschluss der BMW Anlagen Verwaltungs GmbH zum 31.12.2020 beträgt die Bilanzsumme EUR 6,66 Mio. Das Ergebnis nach Steuern beträgt EUR -6.005,74. Dieser Verlust wurde von der Organträgerin ausgeglichen.

### **3. Änderungsvertrag; Rahmendaten und Zustimmungserfordernis**

Der Änderungsvertrag zwischen der BMW AG und der BMW Anlagen Verwaltungs GmbH ist am 17. März 2022 geschlossen worden. Er wird gemäß §§ 295, 293 AktG der ordentlichen Hauptversammlung der BMW AG am 11. Mai 2022 zur Zustimmung vorgelegt. Die BMW AG als alleinige Gesellschafterin der BMW Anlagen Verwaltungs GmbH wird dem Änderungsvertrag voraussichtlich bis Ende April 2022 in notarieller Form zustimmen. Der Änderungsvertrag bedarf zu seiner Wirksamkeit schließlich der Eintragung in das Handelsregister der BMW Anlagen Verwaltungs GmbH in entsprechender Anwendung der §§ 295, 294 Absatz 2 AktG.

### **4. Rechtliche und wirtschaftliche Gründe für den Abschluss des Änderungsvertrags; Auswirkungen des Änderungsvertrags**

Voraussetzung für die Anerkennung einer steuerlichen Organschaft zwischen der BMW AG und der BMW Anlagen Verwaltungs GmbH ist u.a. gemäß § 17 Abs. 1 Satz 2 KStG eine dynamische Einbeziehung der jeweils geltenden Fassungen der §§ 301, 302 AktG in den Gewinnabführungsvertrag. Der bisherige Gewinnabführungsvertrag zwischen der BMW AG und der BMW Anlagen Verwaltungs GmbH enthält neben solchen dynamischen Verweisen mitunter auch wörtliche Wiedergaben des zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses geltenden Gesetzestextes.

Die Parteien nehmen eine Anpassung des § 302 AktG zum 1. Januar 2021 zum Anlass, die den dynamischen Verweisen untergeordneten wörtlichen Gesetzeswiedergaben im Sinne der Rechtsklarheit und -sicherheit aus dem Vertrag ersatzlos zu entfernen. Darüber hinaus sollen die vertraglichen Bestimmungen an konzernweite Standards angepasst und redaktionell so überarbeitet werden, dass künftige Änderungen der einschlägigen Rechtsnormen nach Möglichkeit keinen Anpassungsbedarf für den Gewinnabführungsvertrag auslösen.

Die vorgeschlagenen Anpassungen des bestehenden Gewinnabführungsvertrags erschöpfen sich damit weitestgehend in redaktionellen Überarbeitungen, ohne Auswirkung auf den wesentlichen Inhalt der bisherigen Vertragsbestimmungen.

### **5. Alternativen zum Abschluss des Änderungsvertrags**

Nach Auffassung der Parteien begründet die geringfügige Änderung des § 302 AktG zum 1. Januar 2021 keinen rechtlichen Anpassungsbedarf des bestehenden Vertrags. Denn unter Berücksichtigung der Anforderungen gemäß dem Schreiben des Bundesfinanzministeriums vom 4. Juli 2013 (IV C 2 – S 1910/10/1077:005, DOK 2013/0640187, FD-DStR 2013, 350430, siehe auch OFD Karlsruhe, 16. Januar 2014, S 277.0/52/2-St 221) ergibt die Auslegung des Vertrags nach Auffassung der

Parteien zweifelsfrei einen Vorrang der dynamischen Verweise gegenüber den wörtlichen Gesetzeswiedergaben.

Da auch im Übrigen keine wesentliche Inhaltsänderung an dem bestehenden Vertrag bezweckt ist, kommt alternativ zum Abschluss des Änderungsvertrags daher auch das Bestehenlassen des bisherigen Vertrags in Betracht. Allerdings entspricht die Kombination von dynamischen Verweisen mit wörtlichen Gesetzeswiedergaben mittlerweile nicht mehr dem Best Practice-Standard bei Gewinnabführungsverträgen. Ohne Anpassung der Verträge besteht für zukünftige Geschäftsjahre ein nicht auszuschließendes Risiko, dass die Finanzbehörden die steuerliche Organschaft zwischen den Parteien in Zweifel ziehen könnten. Sollte die steuerliche Organschaft nicht mehr anerkannt werden, könnte dies steuerliche Nachteile für die Parteien zur Folge haben. Um dieses Steuerrisiko auszuschließen, werden die Anpassungen an dem bestehenden Vertrag vorgeschlagen.

## **6. Erläuterungen zum Änderungsvertrag**

Der Inhalt der vorgeschlagenen Anpassungen ergibt sich im Einzelnen aus der Gegenüberstellung von alter und neuer Regelung in Ziffer I. des Änderungsvertrags.

Keine der vorgeschlagenen Anpassungen hat eine wesentliche Änderung der Rechte und Pflichten der Parteien zur Folge.

Ziffer 2.1 bleibt unverändert.

Bei den Anpassungen der Präambel und der Ziffern 1.1, 1.3, 1.4, 1.5 Satz 1, 2.4, 3.1, 3.3 Satz 1 sowie Ziffer 4 (jeweils alte Fassung) handelt es sich lediglich um klarstellende und/oder redaktionelle Änderungen sowie sprachliche Angleichungen an konzernweit verwendete Standardklauseln.

Soweit die Ziffern 1.2, 2.2 und 2.3 (jeweils alte Fassung) wörtliche Gesetzeswiedergaben enthielten, wurden diese gestrichen.

In Ziffer 1.5 Satz 2 alte Fassung war das Recht der Organträgerin geregelt, eine Vorababführung von Gewinnen verlangen zu können, wenn und soweit eine Vorabauschüttung gezahlt werden könnte. Dieses Recht steht der Organträgerin jedoch von Rechts wegen und unabhängig von einer statutarischen Regelung zu. Eine Aufnahme dieser Regelung in den Vertrag ist deshalb nicht notwendig, weshalb sie gestrichen wurde. Dies dient auch der Vereinheitlichung, da diese entbehrliche Regelung in manchen anderen Gewinnabführungsverträgen innerhalb der BMW Group nicht enthalten ist.

Ziffer 3.2 alte Fassung enthielt eine (Mindest-)Vertragslaufzeit von fünf Jahren unter Angabe eines konkreten Enddatums. Bei nicht rechtzeitiger Kündigung verlängerte sich der Vertrag automatisch um jeweils ein Jahr. Nach der neuen Regelung ist der Vertrag unbefristet geschlossen, jedoch das Kündigungsrecht für die Dauer der jeweils

geltenden Mindestfrist ausgeschlossen. In der Wirkung gleichen sich alte und neue Regelung weitgehend. Anders als bei der alten Regelung bedarf es in der Neuregelung jedoch nicht mehr der Angabe eines konkreten Enddatums. Ein solches müsste im Falle einer Änderung der gesetzlichen Mindestvertragslaufzeit während der Vertragsdurchführung angepasst werden. Dies ist mit der Neuregelung nicht (mehr) erforderlich.

In Ziffer 3.3 Satz 2 neue Fassung wurde ein Wechsel der Stimmenmehrheit an der Organgesellschaft ausdrücklich als ein außerordentlicher Kündigungsgrund in den Vertrag aufgenommen. Das Kündigungsrecht steht in diesen Fällen beiden Parteien zu.

## 7. Kein Ausgleich und keine Abfindung, keine Vertragsprüfung


Ein Ausgleich oder eine Abfindung für außenstehende Gesellschafter werden nicht geschuldet, da alle Anteile an der Organgesellschaft von der Organträgerin gehalten werden. Aus diesem Grunde bedarf es auch keiner Prüfung des Änderungsvertrags durch einen oder mehrere sachverständige Prüfer nach §§ 295, 293b ff. AktG.

München, 17. März 2022

### Bayerische Motoren Werke Aktiengesellschaft



Oliver Zipse  
Vorsitzender des Vorstands



Dr. Nicolas Peter  
Mitglied des Vorstands (Finanzen)

### BMW Anlagen Verwaltungs GmbH



Peter Picker  
Geschäftsführer



Dr. Rainer Schmidbauer  
Geschäftsführer